

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12 — Sächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327 Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage Bezugspreis (in RM.) halbmönatlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhenndorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ojrau, Porschtal, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele

Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreiskürzung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 113

Bad Schandau, Donnerstag, den 15. Mai 1930

74. Jahrgang

Die Milliarden des Sozialetat

Stegerwald vor dem Haushaltsausschuß — 20 Prozent der Gesamtbevölkerung muß unterstützt werden — Arbeitslosigkeit wird größer als im Vorjahre — Es fehlen 2 Milliarden Baukapital

Berlin, 14. Mai.

Die Verhandlungen des Haushaltsausschusses des Reichstages haben am Mittwoch ihren Höhepunkt erreicht. Die schwerste Sorge der deutschen Innenpolitik, eine finanzielle Sorge sowohl wie eine politische Sorge, ist nach wie vor die Lage der deutschen Sozialversicherung im allgemeinen und in ihr wieder an erster Stelle die der Arbeitslosenversicherung. Es war daher zu erwarten, daß die Beratungen des Etats des Reichsarbeitsministeriums im Ausschuß Anlaß zu einer gründlichen Erörterung bieten werden. Das ist denn auch in großem Umfang geschehen.

In sehr eingehenden, auf ein reiches Zahlenmaterial gestützten Darlegungen wies Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald nach, welche Ansprüche diese Versicherung auch weiterhin an das Reich stellen wird. Er kündigte, vorsichtig in der Form, aber dennoch deutlich genug, an, daß man, zunächst für das Jahr 1930, ohne eine Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung wohl nicht auskommen werde, und fügte später noch hinzu, daß es auch zweifelhaft erscheinen müsse, ob eine Erhöhung um 1/4 Prozent ausreichend sein werde. Das hieß mit anderen Worten, daß wir mit ziemlicher Sicherheit die Erhöhung um 1/2 Prozent, also auf 4 Prozent, erwarten dürfen.

Unter den übrigen Äußerungen des Ministers fiel besonders die Stelle auf, wo er eine wirkliche Besserung in der Arbeitslosenversicherung erst von einer anhaltenden Besserung der wirtschaftlichen Lage abhängig machte, ohne natürlich heute sagen zu können, für wann er diese voraussetze und vom Eintritt welcher Ereignisse das abhängig sei. Auch seine Warnung, die Besserung nicht einseitig von der landwirtschaftlichen Seite her zu erwarten, wurde viel beachtet.

Die anschließende Debatte zeigte vor allem, daß die noch vor Jahresfrist weitverbreitete Meinung, einem radikalen Abbau der Versicherung das Wort zu reden, heute auf allen Seiten kaum mehr Anhänger hat. Unverkennbar aber war der nachhaltige Eindruck, den die Mitteilung des Ministers über die Lage der deutschen Sozialversicherung und im Zusammenhang hiermit über die Lage der deutschen Sozialversicherung und im Zusammenhang der deutschen Wirtschaft überhaupt auf die Ausschussmitglieder ausgeübt hat.

Kriegsfolgen

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums beraten.

Der Berichterstatter, Abgeordneter Lufshäuser (Soz.), führte aus: Ein Ueberblick über die Entwicklung der Sozialpolitik zeige, daß die aus den Kriegsfolgen resultierenden sozialen Notstände noch nicht überwunden seien. Wenngleich wohl der neue Etat um rund 129 Millionen gegenüber dem Vorjahre vermindert sei, so müsse erwartet werden, daß darunter nicht die Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben leidet. Die Ersparnisse beim Arbeitsministerium hätten schon die äußerste Grenze des Möglichen erreicht. Die Kürzung beim Kapitel Sozialversicherung gingen im wesentlichen auf Kosten der Versicherten. Das gelte vor allem für die Krankenversicherung und Invalidenversicherung. Bei der Arbeitslosenversicherung lasse der Etat die Deckungsfrage offen. Die jetzt eingestellten Mittel würden kaum ausreichen, wenn der Arbeitslosendurchschnitt 1,2 Millionen beträgt. In diesem Jahre sei aber mit einer weit höheren Durchschnittszahl zu rechnen. Das Arbeitsministerium stehe vor großen Aufgaben, vor dem Tarifvertrags-Gesetz, dem Arbeitsvertrags-Gesetz, der Ausgestaltung der Sozialversicherung und schließlich vor dem Problem der Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Unter diesen Umständen sollte der Ausschuß bei diesem Haushalt die gleiche Bewilligungsfreudigkeit zeigen wie bei den Etats anderer Ministerien.

Stegerwalds Milliardenziffern

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald erklärte: Gegenwärtig treten an den Reichsarbeitsminister vier Gruppen heran mit Wünschen, die größere Mehrausgaben erfordern würden, und zwar die Arbeitslosen, bestimmte Gruppen der Invalidenrentner, die Kleinrentner und die Kriegsbeschädigten. Auf

der anderen Seite werden mit dem gleichen Nachdruck Forderungen nach Ersparnissen, auch beim Sozialetat aufgestellt. Ich habe mich daher in den letzten Wochen bemüht, einmal der deutschen öffentlichen Ausgabenwirtschaft nachzugehen und zu prüfen, ob sich nicht ein Weg finden lasse, mit dem sowohl den Wünschen der Wirtschaft nach Erleichterung, wie auch jenen der sozialbedrängtesten Volksschichten nach besserer Fürsorge sich Rechnung tragen lasse. Dabei habe ich festgestellt, daß

die öffentlich rechtlichen Gesamtausgaben (Reich, Länder, Provinzen, Gemeinden, Sozialversicherung, Kirchen usw.) rund 23 Milliarden Mark

betragen. Davon haben wir auf gut drei Milliarden, die für Reparationsleistungen und Schuldenentilgung und -verzinsung benötigt werden in den ersten Jahren keinen Einfluß. Die restlichen 20 Milliarden Mark Ausgaben entfallen auf: Sozialversicherung (davon 1,6 Milliarden für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge) 6 Milliarden, Kriegsbeschädigtenfürsorge ohne Offizierspensionen und ohne Versorgung der neuen Wehrmacht 1,400 Milliarden, Wohlfahrtspflege 1,300 Milliarden, Wohnungswesen, Hauszinssteuer und sonstige Zuschüsse des Reiches und der Länder 1 Milliarde, Gesundheitswesen 0,500 Milliarden, Beamtenpensionen und Hinterbliebenenbezüge in Reich, Ländern, Provinzen, Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Offizierspensionen und Versorgung der neuen Wehrmacht 1,900 Milliarden, Beamtengehälter ohne Reichsbahn und Reichspost, die dafür 2,5 Milliarden verausgaben, aber einschließlich der Bezüge des Klerus und der Beamten der Sozialversicherung 5,250 Milliarden. Der Rest von etwa 3,3 Milliarden Mark wird aufgewandt für Landstraßen und Wasserstraßen mit 1,5 Milliarden Mark; für Industrie und Landwirtschaft 400 Millionen Mark und an Sachausgaben für kulturelle Zwecke, innere Verwaltung, Finanzverwaltung, Justiz, Heer, Polizei (die persönlichen Ausgaben sind bereits in der Position Beamtengehälter enthalten) 1,4 Milliarden.

Abzüglich der Doppelzahlungen verbleiben

gut 12 Millionen Personen oder nahezu 20 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung, die Zuzunehmungen aus öffentlich rechtlichen Mitteln erhalten.

Diese Zahl ist in Wahrheit größer, weil bei den Beamtenpensionären und deren Familien sowie Hinterbliebenen genaue Ziffern nicht zu ermitteln sind. Im Mittelpunkt des innerpolitischen Streits steht seit einem Jahr das Arbeitslosenproblem.

Im Jahre 1930 dürfte die Arbeitslosigkeit wesentlich größer sein als im Jahre 1929.

Im Jahre 1930 stehen bis jetzt für die Bauwirtschaft nahezu zwei Milliarden Mark weniger zur Verfügung als im vergangenen Jahre. Der Rückgang der Bauwirtschaft ist in der Hauptsache auf zwei Beobachtungen zurückzuführen, erstens darauf, daß die Städte meist sehr stark verschuldet und jetzt gezwungen sind, ihre kurzfristigen in langfristige Schulden umzuwandeln, was stark zur Drosselung der Bauwirtschaft führt, zweitens darauf, daß die Mittel für erstellte Hypotheken bis zur Stunde noch stark fehlen. Die Sparkassen werden in diesem Jahre, auch im Hinblick auf die finanzielle Lage der Gemeinden, sehr viel weniger für

Für eilige Leser.

* Briand empfing am Mittwoch den polnischen Außenminister Jaleski und den südslawischen Außenminister Marintowitsch. Ferner fand eine kurze Unterredung zwischen Dr. Curtius und Jaleski statt.

* Das Großflugzeug „D. 2000“ ist am Mittwoch um 16.30 Uhr nach einem im ganzen 10 1/2 stündigen ohne Störung verlaufenen Flug auf dem Tempelhofer Feld glatt gelandet und wurde dort u. a. von dem Reichsverkehrsminister v. Guérard und von Professor Junkers feierlich begrüßt.

* Die Düsseldorf-Kriminalpolizei steht auf dem Standpunkt, daß die Verhaftungen in Berlin und Ratibor mit den Düsseldorf-Mordtaten kaum in Zusammenhang gebracht werden können.

* In Port au Prince kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und im Steuerstreik stehenden Bauern. Es gab 2 Tote und 6 Verwundete.

erstellte Hypotheken zur Verfügung stellen können als im Vorjahr. Dasselbe gilt für die Invaliden- und Angestelltenversicherung, deren Ueberflüsse sich von Jahr zu Jahr vermindern und die daneben im laufenden Jahre für die Arbeitslosenversicherung 150 Millionen Mark Reichsbahnvorzugsaktien übernommen haben.

Die Reichsregierung ist willens alles aufzubieten zur Belebung der Bauwirtschaft. Es wird baldigt die Beseitigung der Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Papiere durchzuführen sein, wie auch Verhandlungen schweben über die Mobilisierung der 185 Millionen Reichsschatkanweisungen der Invalidenversicherung von 1929 und der 150 Millionen Reichsbahnvorzugsaktien der Invaliden- und Angestelltenversicherung von 1930.

Die bis jetzt noch fehlenden zwei Milliarden Mark für die deutsche Bauwirtschaft im Vergleich zum Vorjahre bedeuten 500 000 bis 600 000 Arbeitslose. Diese eine Tatsache wirkt sehr viel stärker auf den Etat der Arbeitslosenversicherungsanstalt zurück, als alle ausdenkbaren Reformen und Verbilligungsmaßnahmen.

Mit Steuererhöhungen und auch mit der Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung ist dem Arbeitslosenproblem auch in Deutschland nicht beizukommen. Für etwaige Mehraufwendungen zugunsten der Sozialversicherung gibt es zwei Wege. Zunächst eine allgemeine Steuererhöhung. Steuererhöhungen für Vermögen und hohe Einkommen kann gegenwärtig keine Regierung vorschlagen. Der zweite Weg ist die Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung. Auch dagegen habe ich starke Bedenken. 15 Prozent Lohnvor- enthaltung allein für die Sozialversicherung, ohne direkte und indirekte Steuern, sind für die Lohn- und Gehaltsempfänger eine Grenze, die nicht mehr weit überschritten werden kann.

Leider kann ich für die nächsten Jahre eine Senkung der Gesamtausgaben in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung nicht in Aussicht stellen. Bei der Krankenversicherung halte ich solche für möglich, die Invalidenversicherung dagegen steht in Kürze vor einer Krise. Sie wird in einigen Jahren um eine größere Beitragserhöhung nicht herumkommen.

Es wird zu prüfen sein, ob bei der Krankenversicherung soviel gespart werden kann, wie die Invalidenversicherung demnach an Mehreinnahmen benötigt. Größere Ersparnisse sind erst dann bei der Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtspflege möglich, wenn wir in absehbarer Zeit zu halbwegs günstigen und konsolidierten Wirtschaftsverhältnissen kommen. Für Arbeitslose und Wohlfahrtsunterstützte müssen im laufenden Jahr über drei Milliarden Mark aufgewendet werden. Davon kann bei Bewältigung des Arbeitslosenproblems rund die Hälfte gespart werden.

In die Rede des Ministers schloß sich eine lebhafte Debatte. Der sozialistische Abgeordnete Gramann wandte sich gegen Stegerwalds Anrechnung betr. Ersparungen bei den Krankenkassen. Es bedürfe nur einer Vereinfachung der Krankenkassen und der zahlreichen Werkkassen. Die Schäden der Rationalisierung müßten endlich ausgleichend und eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden. Der Abban der heutigen Mehrarbeitszeit sei dringend erforderlich. Der Demokrat Schuetter (Berlin) prophezeite zur Arbeitslosenversicherung in Zukunft einen noch größeren Fehlbetrag. Er forderte genaue Untersuchung über etwaige Mißbräuche.

Wiederzusammentritt des Reichstages

Berlin, 15. Mai.

Der Reichstag tritt heute, Donnerstag, nachmittags um 3 Uhr wieder zusammen, um nunmehr die zweite Beratung des Etats für 1930 in Angriff zu nehmen. Der Haushaltsausschuß hat bereits eine große Anzahl von Einzel-etats erledigt, darunter die Etats der Reichswehr und Marine, den Justizetat, den Etat des Verkehrsministeriums und den Etat des Wirtschaftsministeriums.

Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung steht zunächst die erste Beratung einiger Gesetzentwürfe, so der neuen Justizreform, der Gesetzentwurf über steuerliche Erleichterungen zur Verbilligung der Kreditversorgung der Wirtschaft, über die Liquidierung der Bank für deutsche Industrieobligationen usw. Die zweite Beratung des Etats beginnt dann mit den Etats des Reichspräsidenten und des